



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 222

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 222

.....
vom 06.07.2018

.....
del 06/07/2018

Präsident
Vizepräsident

Dr. Roberto Bizzo
Dr. Thomas Widmann

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 222

vom 06.07.2018

Inhaltsverzeichnis

Landesgesetzentwurf Nr. 162/18: "Vorsorge- und Entnahmemaßnahmen bei Großraubwild. Umsetzung von Artikel 16 der Richtlinie 92/43/EWG." (Fortsetzung)..... Seite 3

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 222

del 06/07/2018

Indice

Disegno di legge provinciale n. 162/18: "Misure di prevenzione e di intervento concernenti i grandi carnivori. Attuazione dell'articolo 16 della direttiva 92/43/CEE." (continuazione)..... pag. 3

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: dott. Roberto Bizzo**Ore 10.02 Uhr***Namensaufruf - appello nominale*

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno il processo verbale della seduta precedente è messo a disposizione delle consigliere e dei consiglieri provinciali in forma cartacea. Su di esso possono essere presentate, per iscritto, richieste di rettifica alla Presidenza entro la fine della seduta. Qualora non dovesse pervenire alcuna richiesta di rettifica, il processo verbale si intende approvato.

Copie del processo verbale sono a disposizione delle consigliere e dei consiglieri presso le collaboratrici e i collaboratori addetti alla stesura del processo verbale stesso.

Per la seduta odierna si sono giustificati i consiglieri Artioli, Köllensperger e Wurzer.

Punto 327) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 162/18: "Misure di prevenzione e di intervento concernenti i grandi carnivori. Attuazione dell'articolo 16 della direttiva 92/43/CEE."* (continuazione)

Punkt 327 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 162/18: "Vorsorge- und Entnahmemaßnahmen bei Großraubwild. Umsetzung von Artikel 16 der Richtlinie 92/43/EWG."* (Fortsetzung)

Siamo in dibattito generale. Chi chiede la parola? Collega Sigmar Stocker, prego.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Diese Wolf-Debatte ist natürlich eine große Debatte in unserem Land und auch in der Kommission haben wir bei der Behandlung dieses Antrages verschiedenen Gedankenaustausch gehabt. Auch wenn man nicht direkt betroffen ist, muss man sich eigentlich damit beschäftigen, weil es eigentlich ein neues Phänomen ist: der Wolf und das Land, der Wolf und die Schafe oder der Wolf und die Bergbauern. Ich denke hier an drei wesentliche Punkte. Erstens: Was ist Tierschutz? Wenn man heute die Tierschützer oder auch Verbände, die Tierschutz auf ihre Fahnen geschrieben haben, hört, so spricht man beim Tierschutz nur vom Schutz des Wolfes. Mich erstaunt das, weil wir ja wissen, dass der einzige natürliche Gegner des Wolfes der Mensch ist. Der Mensch darf dem Wolf zur Zeit nichts antun. Was tut dann der Wolf? Er ist ein sehr intelligentes Tier, wie wir mittlerweile erfahren konnten. Der Wolf weiß, dass er Schafe reißen und sich nähern kann, ohne dass ihm etwas passiert. Und der Wolf reißt Tiere nicht deshalb, weil er Hunger hat oder nur teilweise, sondern er lässt sie praktisch dort liegen, worauf die Tiere dann auf grausame Art und Weise verenden müssen. Somit frage ich mich: Wo ist hier der Tierschutz oder gibt es den Tierschutz nur beim Wolf? Der Wolf ist ja nicht ein Pandabär, der heute wirklich auf einer Roten Liste steht, sondern der Wolf ist sehr präsent. Das muss man ganz klar sagen. Aber der Tierschutz muss meines Erachtens auch gegenüber den Schafen bestehen. Und das sehe ich heute nicht! Ich glaube sogar, dass sich die Tierschutzverbände täuschen, wenn sie sagen: "Wir tun alles für den Wolf und die Schafe. Es gibt nur 36 gerissene Schafe pro Jahr." Sie schauen also nicht auf das Tier Schaf oder auch auf Rinder und Ziegen. Wir wissen: Umso stärker der Wolf ist bzw. umso mehr Wölfe es gibt, desto mehr Schafe werden gerissen. Aber was ist das dann für ein Tierschutz, was sind das für Tierschützer? Für mich – ehrlich gesagt – sind diejenigen, die nur auf den Wolf schauen, Tierquäler, weil sie die Schafe einfach nicht als Tiere anerkennen. Sie sehen sie als Profittiere des Menschen. Das ist nicht richtig. Deshalb erleben wir in dieser ganzen Wolfsdiskussion auch eine Diskussion über den Tierschutz. Ich bin der Meinung, dass der Tierschutz beidseitig laufen muss. Der Mensch hat das Recht und auch die Pflicht, die Schafe zu schützen. und der Wolf soll wissen, dass es den natürlichen Gegner Mensch gibt, der auch intervenieren kann, wenn es zuviel wird. Und darum geht es ja. Es geht nicht darum, dass man den Wolf in unserer Gegend komplett eliminiert, wobei ich damit auch kein Problem hätte, muss ich sagen. Es gibt genug Wölfe und kein Wolf steht auf der Roten Liste. Das muss man sagen, also bitte nicht falsch verstehen! Aber es geht jetzt nicht nur um die Debatte: Will man wolfsfrei sein Ja oder Nein?, sondern es geht um eine Regulierung. Es ist höchste Zeit, diese anzugehen, und das ist wieder ein kleiner Schritt in diese Richtung. Es muss Druck entstehen. Die Politik ist manchmal einfach sehr langsam

und deshalb verbünden sich jetzt mehr Länder oder Regionen. Jeder macht seinen Teil und das ist auch ein Beitrag, den man leisten kann.

Der zweite Punkt, der mir in dieser ganzen Wolfsdebatte einfällt, ist die im Endeffekt enorme Geldverschwendung. Wir versuchen es jetzt mit Herdenhunden und Einzäunungen, Schulungen werden gemacht usw. Es steht eine immense Geldverschwendung ins Haus, muss ich feststellen. Der Landesrat hat uns in der Kommission die Zahl genannt. In Frankreich beispielsweise kosten 360 Wölfe dem Franzosen 26 Millionen Euro, also der ganze Herdenschutz usw. Das heißt, dass ein Wolf pro Tag 73.000 Euro kostet. Das ist ja nicht normal! Da muss sich doch jeder an den Kopf greifen. Seien wir doch ehrlich! Das ist der komplette Wahnsinn! Wir befinden uns noch nicht in diesem Ausmaß, aber wenn die Wölfe zunehmen, sollte der Bürger draußen wissen, was sie uns kosten. Ich muss ehrlich sagen, dass ich nicht bereit bin, für einen Wolf, der nicht auf der Roten Liste steht, solche Geldmassen hinauszuerwerfen. Deshalb muss man hier eine Regulierung machen. Man muss wissen, dass das immens viel Geld kostet. 73.000 Euro pro Tag kostet der Wolfsschutz in Frankreich. Unglaublich, muss ich sagen!

Der dritte Aspekt, der mir bei dieser ganzen Wolfsdebatte einfällt, ist die Langsamkeit der Politik in dieser Frage, die die Wilderei fördern wird. Eines muss ganz klar sein: Wenn wir hier im Hohen Haus nicht imstande sind, Regeln aufzustellen, dann werden die Betroffenen draußen zu Recht Selbstschutz organisieren. Das sollte nicht passieren. Aber wenn wir nicht imstande sind, Regeln festzulegen, dann darf man sich nicht darüber wundern. Und ich glaube, in der Wolfsdebatte sind auch diese Aspekte hineinzudenken: Der Selbstschutz, den die Leute draußen machen, weil wir hier zu langsam sind oder weil die Städter die Gefühle der Betroffenen nicht verstehen, sowie die Tierquälerei, die wir gegenüber den Schafen zulassen. Wenn 36 Schafe gerissen werden, dann muss man auch jene hinzukalkulieren, Kollege Heiss, die versprengt werden. Wenn du mit den Betroffenen draußen sprichst, dann werden viele Schafe versprengt. Viele fallen dabei über Böschungen hinunter usw. Man muss das auch dazurechnen, obwohl diese nicht festgeschrieben sind. Zur Zeit werden 36 gerissene Schafe vermerkt. Alles in Ordnung, aber wir wissen – das sagt jeder, das hat auch der Jagdverband schon lange gesagt –, dass Wölfe in schnellem Maße zunehmen werden. Das muss man einfach wissen.

Deshalb sind wir dafür, dass man Regeln erlässt, das ist ein Ansatz. Ich habe mich noch gewundert, wieso die Grünen in der Kommission bzw. im Gesetzgebungsausschuss nicht für den Übergang zur Artikeldebatte gestimmt haben. Das heißt, man sieht hier wirklich nur den Wolf als schützenswert und das Schaf oder andere Tiere nicht. Das wundert mich, das verstehe ich nicht! Das finde ich auch nicht richtig und spricht nicht für die Qualität des Tierschutzes. Das Mieseste ist, wenn man Tiere verenden lässt, also wenn sie leiden, leiden und leiden müssen, bis sie endlich sterben können. Das muss man sich einfach vor Augen halten. Ich bin dafür, dass der Wolf von seinem einzigen Gegner, sprich vom Menschen, reguliert, also nicht ausgerottet wird. Man sollte es regulieren können und deshalb glaube ich, dass dieses kleine Gesetz hier ein guter Ansatz ist.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Präsident! Ich habe in der Gesetzgebungskommission an diesem Gesetzentwurf mitgearbeitet. Man hat eigentlich gesehen, wieviel Rücksicht es von Rom oder von Brüssel aus für unsere lokalen Anliegen gibt. Es herrscht regelrecht oder sehr wenig Verständnis dafür, welche Bedürfnisse und Verhältnisse wir hier haben. Das hat man auch bei diesem wahnsinnigen Urteil gegen den Altlandeshauptmann und gegen Amtsdirektor Erhard genau gesehen. Also, das ist wirklich unglaublich! Der Altlandeshauptmann wird es wahrscheinlich finanziell schon verkraften, aber Amtsdirektor Erhard, der eine Familie hat, wird mit diesem Urteil finanziell zugrunde gerichtet. Wir haben in diesem Zusammenhang keinerlei Kompetenzen oder sehr wenig Möglichkeiten. Wir hätten im Grunde eigentlich die primäre Zuständigkeit für Jagd und Fischerei, können aber in diesem Bereich nichts oder kaum etwas machen, was Wolf und Bär anbelangt.

Jetzt mit diesem Gesetz müssen wir wieder anfangen, dieses ISPRA-Gutachten von Rom einzuholen, das heißt, dass wir wieder von irgendwelchen Institutionen abhängig sind. Also, das sollte einfach nicht so sein! Wir müssen die Dinge selber in die Hand nehmen und die dazu Möglichkeit haben. Ich glaube, mit diesem Gesetzentwurf haben wir eine kleine Möglichkeit. Deswegen habe ich dem Gesetzentwurf in der Gesetzgebungskommission zugestimmt, sprich einzugreifen oder in unserem Sinne etwas zu bewegen. Auch was Kollege Stocker bezüglich den Sicherungsmaßnahmen gesagt hat, glaube ich, dass das wirklich rausgeschmissenes Geld ist. Denn wer die Verhältnisse vor Ort kennt, weiß genau, dass das nichts bringt oder sehr, sehr wenig bringt. Das wird dann auch die Zukunft zeigen. Danke schön!

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Molto ha detto già il collega Heiss ieri, che ha partecipato alla commissione; io vorrei precisare alcune cose.

La prima questione è questa: noi nella scorsa legislatura e poi all'inizio di questa abbiamo presentato una mozione in cui proponevamo di formare un gruppo di lavoro di interessati, sindaci, eccetera – quattro anni fa, però, e ancora sette anni fa – per preparare la provincia di Bolzano al ritorno dei grossi predatori, orso, lupo e lince. Per due volte, sia nella scorsa legislatura, sia in questa, ci è stato detto di no e adesso siamo all'emergenza.

Noi potevamo discutere la proposta, ma avevamo individuato questo tema per tempo, come un tema a cui la Provincia di Bolzano, le sue autorità, la sua popolazione doveva essere preparata, perché sapevamo che in tutta Europa c'è il ritorno dei grandi predatori. Adesso, invece, siamo all'emergenza, agli allarmi e pochi mesi prima delle elezioni, al populismo su questo. Nel mondo contadino si fa facile populismo con la paura del lupo, paura che va dimensionata alle dimensioni che ha detto il collega Heiss, cioè ci sono più animali che muoiono perché cadono nei burroni e per incidenti, che non quelli sbranati dal lupo. Ovviamente però il lupo fa male e con il lupo si crea l'allarme.

La seconda questione è questa: il collega Schuler ha presentato questo disegno di legge che è sostanzialmente uguale a quello del Trentino, di Della Piccola e – ditelo colleghe e colleghi al presidente del *Bauernbund*, Tiefenthaler – questo disegno di legge non è un disegno di legge che ha come obiettivo *ein Wolf freies Südtirol*, il disegno di legge non presuppone la pulizia etnica del lupo in Sudtirolo, diciamola così, né un *Bär-freies Südtirol*. Il disegno di legge si muove nell'unico solco su cui si può muovere, che è quello di gestire la convivenza tra lupo, orso, cioè grandi predatori, esseri umani e altri animali.

Spero che l'ass. Schuler non mi contraddica, ma a me pare che questo disegno di legge non si muova per un Sudtirolo pulito dal lupo, ma si muova rispetto a situazioni di problematiche per cui ci vogliono le soluzioni più drastiche di quelle normali. Quindi si muove nell'ambito della soluzione di singoli problemi, di singoli animali, di singoli lupi, di singoli casi che creano problemi che non si possono risolvere in un altro modo e per i quali si va a delle soluzioni più drastiche.

Però si va a soluzioni più drastiche – come qui disse il direttore Spagnoli – per consentire per il resto dei casi la convivenza tra lupi, pecore, vitelli ed esseri umani, cioè tu rimuovi il caso limite, quel lupo o quell'orso che ha perso anche un istinto naturale di stare lontano dagli insediamenti umani per rendere possibile che in questo territorio ci sia una convivenza pacifica con grandi predatori che ritornano. L'orso si può dire che è stato introdotto a quei tempi, ma adesso è autoctono, ma questi animali sono stati qui per secoli e vedrete che tra 100 anni si dirà che quella piccola fase, quei pochi decenni in cui gli esseri umani riuscirono a cacciare tutti i lupi e ammazzare tutti gli orsi nella nostra provincia, è una parentesi, non è permanente, perché qui bisogna anche capire – diceva il cons. S. Stocker che cos'è *Tierschutz* – ma io devo anche capire cos'è il genere umano e che posto ha sulla terra, su questo pianeta. Ci sono dei limiti al genere umano, all'egocentrismo dell'uomo – uso il maschile apposta – non si può modellare la natura totalmente a nostra immagine e somiglianza, anche nel Cattolicesimo c'è una riflessione su questo, vedi l'Enciclica del Papa, la natura ci pone dei limiti e uno dei limiti è la nostra convivenza con il mondo animale. Io in questi giorni sono assalito dalla zanzara tigre, accidenti, e ci devo convivere, mi sono comprato l'*After pick*, tutte le cose all'essenza di geranio e cerco di convivere con la zanzara, che cosa volete fare? Andate sull'Alpe di Fanes e vedrete che ci sono zanzare grandi come elicotteri, non ho mai visto zanzare così grandi.

Noi non possiamo pensare all'uomo re della natura, il genere umano è parte della natura e ha nella natura i suoi limiti e questo lo dovrebbero capire esattamente quelli che stanno nel mondo contadino, che stanno *draußen* come si dice qua, che con i limiti della natura ci fanno i conti tutti i giorni e non è possibile rimodellare la natura a nostra immagine e somiglianza e una delle questioni è quella dei grandi carnivori e dei grandi predatori.

Quindi questo disegno di legge non si muove nella direzione del Sudtirolo libero dai lupi, perché non sarebbe possibile, né tecnicamente, né giuridicamente, si muove nell'affrontare situazioni di lupi o di orsi particolarmente problematici per rendere possibile la convivenza, non per eliminarla. Non possiamo mettere un reticolato come ha fatto Israele lungo i suoi confini alto 4 metri ed elettrificato contro i lupi, non possiamo mettere il comandante dei cacciatori europei, che si chiama Michl Ebner con tutte le sue truppe lungo il confine del Sudtirolo e appena si affaccia un lupo o un orso si spara perché qua non deve entrare nessuno. Questo non possiamo farlo e il disegno di legge si muove esattamente nella direzione di risolvere casi problematici.

Però, collega Schuler, noi riteniamo che questo disegno di legge sia incostituzionale, perché una Regione e una Provincia autonoma non può attuare direttamente la Direttiva Habitat. Lei lo sa benissimo. L'analogo disegno di legge in provincia di Trento è stato vagliato dagli uffici legali del Consiglio provinciale di Trento, che in imitazione con gli uffici legali della Camera accompagnano i disegni di legge con un loro *Bericht*, un loro rapporto, e loro hanno scritto chiaramente che la Direttiva Habitat dell'Unione Europea, che tutela questi grandi predatori, è competenza degli Stati. Sono gli Stati che possono decidere l'abbattimento di singoli esemplari di lupi e di orsi che siano particolarmente problematici, ma non lo possono fare le Province autonome e le Regioni. Possiamo lamentarci di questo, possiamo dire che sarebbe bello che le Regioni e le Province autonome avessero la competenza, ma in questo momento non ce l'hanno.

Allora questo disegno di legge resterà sulla carta, anzi sarà impugnato subito. Vi interessa che sia impugnato? No, non vi interessa. Vi interessa fare un disegno di legge che duri due o tre mesi per passare le elezioni, poi magari sarà impugnato dopo o sarà impugnato nel mentre, però non arriva la decisione e quindi la Giunta provinciale avrà fatto di tutto, ma poi la colpa è di Roma. La situazione mi ricorda gli ultimi mesi – penso che il collega Heiss se o ricordi – della scorsa legislatura, lì non c'era il lupo ma la toponomastica e il predecessore del presidente Kompatscher, il presidente Durnwalder, si mise in testa di risolvere la toponomastica gli ultimi tre mesi della legislatura per pararsi a destra, diciamo così. Presentò un disegno di legge sulla toponomastica, di cui non gli interessava nulla, bastava averlo presentato e gliene interessava talmente nulla che all'ultimo momento – perché voleva convincere l'ASTAT a fare il censimento dei nomi e l'ASTAT gli disse che non erano lì per fare il censimento dei nomi italiani o tedeschi o ladini in Sudtirolo – all'ultimo momento con un emendamento infilò dentro che il censimento dei nomi italiani lo facevano le *Bezirksgemeinschaften*, le comunità comprensoriali. Io da questo banco gli chiesi se aveva chiesto alle *Bezirksgemeinschaften was für ein Glück sie bekommen* e lui rispose che questo se lo era dimenticato, ma che lo avrebbero capito dopo. Non gliene importava niente di quella legge e infatti non ha prodotto niente, è stata impugnata anche per quest'invenzione delle *Bezirksgemeinschaften*.

Questa legge sarà analoga. Deve durare tre mesi, fino alle elezioni, questo potrebbe essere anche positivo, io mi auguro che la gente non voti sul ricatto del lupo e dell'orso, potrebbe essere una mossa anche intelligente, solo che si ritarda ancora di più il momento di prendere coscienza di quale sia il problema e di quali siano le metodologie per risolverlo, si rinvia ancora di più, si illude la gente. Sul disegno di legge, che è breve, noi abbiamo due dubbi e abbiamo proposto emendamenti che poi spiegherò.

I dubbi sono questi: visto che è competenza dello Stato, perché il disegno di legge tenga, bisognerebbe almeno rafforzare il ruolo dell'Ispra. Noi riteniamo che dire "sentita l'Ispra", cioè raccolto il parere dell'Ispra e poi la Giunta provinciale può anche fare l'opposto di quel che dice l'Ispra, sia un elemento che indebolisce ancora di più, perché se la competenza è dello Stato e la Provincia si prende una competenza che non ha, almeno un organo scientifico prestigioso e consulente dei Ministeri, pubblico, che dia il proprio parere vincolante che quindi autorizzi la Giunta provinciale a dire sì all'abbattimento, a nostro parere sarebbe il minimo.

La seconda cosa, e mi avvio alla conclusione, è quella delle misure alternative. Noi sappiamo che ci sono misure alternative, ci sono i cani da guardiania, i recinti elettrificati, gli avvisatori sonori o luminosi, c'è il pastore a cui affidare le pecore, perché il problema è il nostro modello di pastorizia degli ultimi anni, ma queste misure devono essere implementate, cioè devono essere attuate per poi essere dichiarate non sufficienti, invece il disegno di legge sembra suggerire che la Giunta provinciale, a prescindere dal fatto che queste misure siano attuate o no e attualmente nessuno ha attuato queste misure preventive – risposta alla nostra interrogazione di meno di un anno fa – in provincia di Bolzano, eccetto un contadino emigrato dal Veneto. Almeno queste misure andrebbero attuate, poi va dimostrato che per casi particolari non sono sufficienti e su quei casi particolari sarebbe giustificato l'intervento. Invece il disegno di legge dice che la Giunta provinciale può dire che secondo lei queste misure anche se si attuassero sarebbero inutili e quindi si spara.

Qui arriva la commissione Noggler, perché Lui ha proposto di fare una commissione che dice che le misure sono inutili, infatti se Voi leggete anche lo *Streitgespräch* che abbiamo avuto ieri sulla Tageszeitung, Noggler l'*Endbericht*, la relazione finale della sua commissione, ce l'ha già in tasca. Lui ha già detto cosa deve dire la commissione, deve dire che queste *Schutzmaßnahmen* sono inutili e quindi l'unica soluzione è sparare. Ma voi pensate che funzioni una roba del genere? Che una commissione di politici va a farsi un giro per le malghe, ma forse non se lo va neanche a fare, e scrive in quattro righe che tutto quello che in tutte le Alpi tutti fanno, qui in Sudtirolo è inutile farlo perché non funziona e l'unica soluzione è sparare e la Giunta provinciale può appoggiarsi alla relazione che Noggler ha già in tasca per autorizzare l'abbattimento dei lupi e degli orsi

in violazione della Direttiva Habitat, con la certezza, tra l'altro, che l'Europa apra una procedura d'infrazione contro l'Italia, per le nostre leggi? Questo lo hanno già detto a Trento ieri.

Io credo, colleghi, che questo disegno di legge sia semplicemente un disegno di legge strumentale che capisco debba pararvi le spalle rispetto al populismo che si fa, negativissimo su questo, ma credo che non risolva la questione e che poi alla fine vi faccia fare anche una brutta figura, che io spero vogliate evitare.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich habe mir in dieser Legislatur vorgenommen immer dann, wenn meine Kollegen ein Thema inhaltlich bearbeiten, weil sie beispielsweise in der entsprechenden Kommission sitzen, einen besonderen Blick auf die Prozesse zu werfen, in denen diese Gesetze entstehen, oder auch darauf, was gesellschaftlich im Zusammenhang mit diesen Gesetzen abläuft. Ich möchte gerade in diesem Zusammenhang auch hierzu ein paar Worte verlieren, denn es ist so, dass wir in diesem Wahlkampf, der uns bevorsteht ... und Kollege Riccardo hat es jetzt klar gesagt, dass das ein Wahlkampfauftritt, ein Wahlkampfgag für Landesrat Schuler und für die Landesregierung oder was auch immer ist. Ich glaube, dass uns dieses Thema begleiten wird, auch weil Sie das gespielt haben, das muss man dazusagen. Also, es ist nicht nur eine Frontnahme gegen den Populismus, sondern ein Hineinsteigen auch in diese Debatte. Ich glaube, dass uns dieses Thema und das Thema der Migration begleiten wird. Das Thema "Wolf" und das Thema der Migration haben Gemeinsamkeiten, nicht nur weil sie beide irgendwo Migranten sind, sondern weil sie erstens beide das Thema der gesellschaftlichen Veränderung und die Flucht vor Veränderung oder die Angst vor Veränderung enthalten, für die Angst für Kontrollverlust und den Wunsch zur Rückkehr in eine Welt, die kontrollierbar ist. Der Wolf ist ein Symbol dafür, ein geradezu mythisches Symbol für Kontrollverlust seit jeher. Er ist in allen Märchen, Fabeln und Legenden vorhanden. Deswegen ist er ein Tier mit Symbolkraft, mit Symbolgehalt. Er spricht ganz eindeutig für den Kontrollverlust des Menschen. Die Migration ist hier sehr ähnlich, denn auch hier verändert sich eine Gesellschaft und die Gesellschaft will das nicht. Beide Themen haben noch etwas gemeinsam. Zweitens zeigen sie auf, dass sie Kristallisationspunkte von Polarisierungen sind. Und das ist das Thema, worüber ich eigentlich sprechen möchte und wozu ich hier schon einmal eine Warnung ausgesprochen habe. Ich möchte diese Warnung wiederholen, denn es geht hier um eine Polarisierung zwischen Stadt und Land. Ich habe es auch in dieser Debatte gehört. Der Kollege Noggler hat es gehört, der Kollege Sigmar Stocker hat es gesagt. Es geht hier darum, dass das Land gegen die Stadt ausgespielt wird. Auch das ist Teil der Migrationsdebatte, aber auch hier zum Wolf. Wozu ich schon einmal gesprochen hatte, war die Tatsache, dass den Menschen aus der Stadt hierzu Urteilskompetenz abgesprochen wird. Ich warne vor dieser Tatsache. Erstens einmal ist sie absurd, Kollege Sigmar Stocker, denn es gibt Menschen, die auf dem Land wohnen, und Menschen, die in der Stadt wohnen, die einen anderen Alltag haben und die sich entsprechend andere Expertisen entwickeln. Das ist klar. Aber das gegeneinander Ausspielen noch dazu in einer Zeit, in der ja überhaupt alles mobil ist und wir alle Pendler zwischen den Welten sind - wir hier drinnen als Erste -, wird es irgendwann sogar gefährlich. Ich denke mir, die Menschen aus der Stadt könnten ebenso anfangen zu sagen, dass die Leute aus dem Dorf keine Kompetenz haben, über Bibliotheken oder über Mobilität in einer Stadt zu sprechen. Ich lege das jetzt um, was ihr ständig tut, nämlich indem ihr sagt: "Das sind Stadler!" Ich habe das Wort "Stadler" eindeutig zweimal aufgenommen. Mir kommt vor, dass das irgendwann einmal meine Großtante in den 70er Jahren das letzte Mal gesagt hatte. Es ist jetzt plötzlich wieder ein Thema geworden, sprich, dass es die Stadler und die Landler gibt. Keine Ahnung, wo unsereins zu Hause ist, wo wir jeden Tag den halben Tag in der Stadt verbringen und die halbe Nacht eher am Waldrand. Aber ich möchte sagen, dass ihr diese Polarisierung in die Debatte trägt, und es ist gefährlich. Es ist gefährlich, weil alle Menschen Urteilskompetenz haben, jenseits vom Wohnort und auch jenseits vom Alltag, den sie verbringen, weil es hier um eine Diskussion um das Allgemeingut Landschaft geht. Dazu haben alle etwas zu sagen. Die Landschaft in Südtirol gehört nicht nur einem Teil der Bevölkerung und schon gar nicht einem Teil, den ihr auswählt. Die Landschaft ist ein Allgemeingut aller Menschen, wenn es überhaupt ein Allgemeingut der Menschen ist. Wir hatten das in der letzten Diskussion zur Raumordnung. Die Landschaft ist eigentlich ein Gut an sich. Deshalb hier einzelnen Menschen Urteilskompetenzen abzusprechen, auch Entscheidungskompetenzen abzusprechen, ist gefährlich. Es ist gefährlich, weil es auf eine Zeit verweist, in der es schon einmal diese Polarisierung gegeben hat. Ich sage das, weil ich hierzu geforscht habe, und das waren die 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Schaut euch die Literatur des 20sten Jahrhunderts, der 20er und 30er Jahre an! Das ist eine Literatur voll von Polarisierung zwischen Stadt und Land. Während eine Zeit lang die Stadt der Ort der Modernität war, der Innovation, der Entwicklung, hat sich die Stadt irgendwann zu etwas ganz anderem entwickelt, das von der Landbevölkerung als negativ gesehen wurde, weil es nämlich der Ort

der Vermischung war, der Kulturvermischung, wo die Migration ankam. Die Stadt wurde dann sozusagen irgendwann als "Sündenpfuhl" dargestellt. Diese Worte gab es damals. Ich rieche in der Luft, dass gerade diese Kategorien auf einmal wieder auf uns zukommen werden. Deshalb warne ich davor, auch in der Migrationsdebatte, diese Polarisierungen in unseren politischen Diskurs hineinzunehmen, denn es ist so, dass jeder Mensch eine eigene Lebenswelt und eine eigene Denkwelt hat und sich sehr oft auch zwischen den Denkwelten bewegt. Das muss geschätzt und anerkannt werden, und nicht eine Denkwelt gegen die andere aufgerechnet. Ich warne uns alle davor, weil wir jetzt vor einer Wahlzeit, vor einer Kampagne und vor einem Wahlkampf stehen. Wenn wir diese Polarisierungen so groß und so gewaltsam machen, dann wird das leider auf uns alle zurückfallen, auch auf jene, die hier meinen, dass sie die Verfechter und die Beschützer eines wesentlichen Teils des Landes sind. Deshalb warne ich davor und mahne: Lasst allen Menschen ihre Urteilskraft, ihr Urteilsvermögen, egal, wo sie leben, und achtet bitte darauf, diese Stadt-Land-Polarisierung auf die Spitze zu treiben, wie es in dieser Wolfsdebatte passiert ist!

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Nur ganz kurz! Ich möchte auf Kollegin Foppa antworten. Siehst du, Brigitte, genau mit dieser Stadt-Land-Debatte sieht man, dass du mit den Leuten draußen, die betroffen sind, mit den Schafen nie geredet hast! Weißt du, was das Problem ist? Die betroffenen Bergbauern draußen usw. sagen: "Die in der Stadt verstehen uns nicht mehr. Die schätzen uns nicht mehr. Sie verstehen nicht, was es für uns bedeutet, ein Schaf zu verlieren." Das ist der Punkt, genau so ist es! Das ist diese Stadt-Land-Debatte, die draußen so furchtbar gespürt wird, dass man draußen gewisse Sachen einfach nicht mehr versteht. Das ist das Schlimme! Wir tragen diese Stadt-Land-Debatte nicht hinein, aber draußen wird es leider so gespürt. Das ist das Fatale, weil einer in der Stadt wird nicht verstehen, wieviel ein Bergbauer arbeiten muss und was er fühlt, wenn ihm Schafe gerissen werden. Es sind ja immer noch Tiere. Der Tierschutz beinhaltet auch den Schutz der Schafe.

Das Zweite: Ich hätte mich nie getraut, die Debatte Migration und Wolf zu vermischen, aber in einem Punkt wird es so sein. Wir sehen jetzt in der Migration, dass wir drei Jahre lang philosophiert und linke Philosophien erlebt haben. Jetzt kommt hoffentlich einmal ein anderer Kurs langsam in Europa und zwar der mit Hausverstand und mit der Realität, wie es zu ändern ist und wie es sein muss. So wird es beim Wolf auch sein. Beim Wolf wird es so sein, dass eine Reglementierung kommen muss. Das wird uns die Praxis zeigen. Hier unterscheiden wir uns natürlich von den Grünen. Was ist praktisch? Was ist Philosophie? Philosophieren kannst du bis zu einem gewissen Punkt, aber danach muss auch einmal die Praxis entscheiden.

SCHIEFER (SVP): Herr Präsident! Ich möchte mich jetzt nicht in diese kleinen Polemiken einmischen. Ich möchte nur eines sagen, Kollegin Foppa: Du wohnst ja auch auf dem Land direkt am Wald, wunderschön gelegen. Auf alle Fälle verläuft der Wanderweg bzw. der Radweg bei dir vorbei. Ich verstehe nicht ganz, warum du diese Polemik zwischen Landler und Stadler und Stadler und Landler versuchst hochzuziehen. Ich glaube, diese Polemik gibt es eigentlich nicht. Ich sehe da keine Zeichen von Populismus. Wenn nicht in der Stadt, aber sehr wohl auf dem Lande wird dieses Thema echt ganz stark gefühlt. Es wird nicht nur oben auf dem Berg und auf den Almen, sondern grundsätzlich auf dem Lande von den Touristen und von den Wanderern so gefühlt. Deswegen würde ich schon ersuchen, das ernst zu nehmen, weil du das ja tagtäglich auch erfahren kannst im Gespräch mit den Leuten. Die Vorlage und dieser Entwurf von Landesrat Schuler ist eine gute Sache. Wir haben genau gewusst, dass es sehr schwierig ist, überhaupt eine Lösung zu finden. Wir sind schon öfters mit diesem Thema konfrontiert worden und gerade die betroffenen Bergbauern haben sich immer wieder beklagt, dass das Land nichts tut usw. Mit diesem Gesetz wird ja nur ein Versuch gemacht - man weiß ja nicht, inwieweit das wirkt - und kein Abschussbefehl erteilt. Somit würde ich schon sagen, dass es ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist, so wie auch die Untersuchungskommission begleitend eine gute Initiative ist. Somit würde ich das befürworten und bei dem lassen. Danke schön - hoffentlich wirkt sich dieses Gesetz positiv aus!

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Zivilschutz und Gemeinden - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke für die Wortmeldungen und für die doch rege Diskussion zu diesem Thema! Das war ja auch zu erwarten, weil es doch ein emotionales Thema ist und sich demnach auch die Debatte entsprechend ausrichtet. Vielleicht noch ein paar Dinge, um die Sachen grundsätzlich ein bisschen zu ordnen.

Grundsätzlich – das möchte ich auch noch einmal unterstreichen – bin ich der Überzeugung, dass es sich beim Wolf nicht mehr – so wie es einmal war – um eine Tierart handelt, die bedroht ist. Aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte haben wir jetzt eine ganz andere Situation, als dies 1979 mit der Berner Konvention bzw. 1992 mit der FFH-Richtlinie beschlossen worden ist. Die Situation hat sich komplett geändert und es soll somit auch hier neu hinterfragt werden, ob dieser Schutzstatus noch gerechtfertigt ist. Ich bin der festen Überzeugung, Kollege Dello Sbarba, dass wir nicht nur einen Namen aufgrund bestimmter Sondersituationen draußen brauchen, sondern dass, wenn man sich die Entwicklung vor Augen hält, es vor allem hier in Italien insgesamt eine Regulierung bzw. ein Wolfsmanagement braucht. Ich denke an Regulierungen, wenn die Populationsstärke jenes Ausmaß erreicht, das von der FFH-Richtlinie vorgesehen ist, nämlich diesen famosen guten Erhaltungszustand der Art Wolf. Dieser gute Erhaltungszustand ist mit über 2000 Individuen in Italien schon lange erreicht. Somit braucht es Regulierungen, denn man kann dieser Zunahme nicht tatenlos zusehen, weil sonst auch die Konflikte dauernd steigen bzw. zunehmen werden. Aber wir wissen auch – das wollte ich hier noch einmal präzisieren –, dass wir hier keine Zuständigkeiten haben. Auch wenn wir hier – was sich einige wünschen – ein eigener Staat wären, hätten wir nur diese Möglichkeiten, die wir jetzt aufgrund unserer Autonomiebestimmungen vorsehen wollen. Auch als Staat hat man sich an die FFH-Richtlinie zu halten, bis diese entsprechend geändert wird. Wieweit man dann gehen kann, zeigen die unterschiedlichen Lösungen in verschiedenen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Es zeigt auch, dass man sich stetig auf etwas dünnem Eis bewegt, weil - gerade läuft auch ein Verfahren gegen Finnland, dass die EU in Bezug auf den Wolf angestrengt hat - hier auch die Meinungen etwas auseinander gehen. Wir müssen den Mut aufbringen, hier an die Grenzen zu gehen und die Möglichkeiten, die wir haben, zu nutzen. Es ist auch so, dass, wenn wir hier ein Gesetz beschließen, wir immer das Risiko eingehen, dass es angefochten wird. Das ist teilweise schon fast die Regel geworden und passiert entweder vom Staat selber oder von verschiedenen anderen Institutionen. Man versucht das dort zu vermeiden, wo es möglich ist, kann aber nie zur Gänze ausschließen, dass ein Gesetz angefochten wird. Aber wir haben hier nicht nur das Gutachten des Rechtsamtes, sondern müssen die Dinge auch optimistisch sehen. Mit Verlaub, wenn ich mir manche Wortmeldungen nicht nur zu diesem Thema anhöre, sondern auch den Pessimismus, den man vorab schon hier einbringt und sagt: "Das wird eh schief gehen". Mit dieser Einstellung hätte ich schon Probleme, Menschen draußen zu beschäftigen – Landeswetterdienst -, denn ich habe den Eindruck, dass manche auch noch Schlechtwetter melden würden, wenn draußen die Sonne scheint. Wir müssen hier – und es ist unsere Aufgabe – auch optimistisch sein und die Möglichkeiten nutzen, die mit einem bestimmten Risiko einer Anfechtung behaftet sind. Ich glaube, dass wir hier doch gute Chancen haben, dass dieses Gesetz eventuellen Anfechtungen gegenüber standhalten würde.

Ich komme zur Umsetzung aufgrund dieser wissenschaftlichen Gutachten. Wir werden jetzt unmittelbar, sollte das Gesetz – und davon gehe ich aus - heute beschlossen werden, Gespräche auf technischer und politischer Ebene aufnehmen, was die Umsetzungen angeht. Aber auch was das Gutachten des ISPRA angeht, hoffen wir, eine Form zu finden, um eine gesamte Regelung und nicht nur ein Ad-hoc-Gutachten zu erhalten. Man sieht es auch in der Schweiz, wo man dieses Ad-hoc-Gutachten effektiv braucht und dann von Fall zu Fall entscheidet, dass dort die Dinge funktionieren. Es funktioniert zwar nicht so, wie es sich die Schweizer wünschen, auch dort will man die Dinge inzwischen ändern. Die Schweizer sind "nur" der Berner Konvention verpflichtet, nicht der FFH-Richtlinie der Europäischen Union. Trotzdem haben sie auch diese internationalen Richtlinien einzuhalten und möchten diese entsprechend lockern.

Kollege Heiss, es stimmt, dass der Wolf ein Opportunist ist, also doch auch die Beute des Fressens sucht, wo es am Leichtesten gefunden werden kann. Auch ein Kollege aus Apulien hat mir gesagt, dass dort die Wölfe inzwischen durch die Dörfer ziehen, weil sie wissen, dass in den Müllcontainern überall Fressen zu finden ist, ohne dass sie einem Tier hinterherjagen müssen. Man hat auch auf die Frage hin, wovon sich der Wolf ernährt, in Italien die Hoffnung gemacht, dass der Wolf durch die zunehmende Population behilflich ist, das Wildschweinproblem zu lösen. Aber auch das hat sich nicht als erfolgreich erwiesen. Die Wildschweinpopulation steigt nämlich ständig an; diese ganzen Probleme konnte der Wolf hier auch nicht lösen. Man meint ja immer, dass es die Natur schon lösen wird, aber so einfach liegen die Dinge da nicht.

Dann hat Kollege Dello Sbarba noch etwas Interessantes gebracht, sprich den Vergleich mit den Mücken. Der Vergleich mit der Mücke hinkt zwar auch, aber in diesem Zusammenhang ist es vielleicht nicht ganz uninteressant, was man im Siedlungsgebiet macht. Ich will jetzt nicht das Wort "Städter", sondern den Ausdruck "Siedlungsgebiete" benutzen. Die Bürgermeister machen eine Verordnung, Pflanzenschutzmittel in sensiblen Gebieten einzusetzen und Pflanzenschutzmittel ins Wasser zu geben, weil man die Mücken bekämpfen

will. Wir haben auch – weil man Untersuchungen auf landwirtschaftlichen Produkten macht – mitkontrolliert, ob man andere Wirkstoffe, außer den Pflanzenschutzmitteln, findet. Wir haben auf der Versuchsfläche des Landes im Tee Rückstände von Autan gefunden, die es mit sich gebracht haben, dass dieser Tee nicht mehr verkehrsfähig ist. Wozu wird dieses Autan verwendet? Als Mückenschutz, ganz einfach. Kollege Dello Sbarba, wissen Sie nicht, dass man sich gegen dieses kleine und unscheinbare Tier doch auch mit allen Methoden zur Wehr setzt und somit hier der Wolf nicht ausgeschlossen werden soll?

Auch der Vergleich mit Migrationen, 20er Jahre, ist auch schon sehr weit hergeholt. Landschaft gehört uns allen, aber man muss hier auch schon zur Kenntnis nehmen – das merkt man immer wieder in Diskussionen –, wie weit manche doch weg von der Realität draußen sind. Das ist ihnen nicht zu verübeln, weil sie die Situation draußen nicht kennen. Und Nachhaltigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen Fraktion, heißt nicht nur, daran zu denken, was passiert, wenn ich etwas tue, in diesem Fall einen Wolf entnehme, sondern auch was passiert, wenn ich etwas nicht tue. Also man muss hier, wenn man von Nachhaltigkeit redet, einen Schritt weiterdenken. Das eine ist relativ einfach, aber die Folgen vom Nichtstun, das wird viel zu wenig bedacht und auch daran müssen wir denken. Wenn wir den Wolf nicht regulieren, bringt das Großraubwild das große Risiko mit sich, dass alle Flächen aufgelassen werden. Ich bin hier alles andere als ein Pessimist, aber ich habe nie gesagt, dass ein wolffreies Südtirol in den nächsten Jahren realistisch sein wird. Aber es muss auch zu Recht eingefordert werden können, dass es eine Regulierung der gesamten Population braucht, in diesem Fall der einzelnen Situationen draußen. Ich glaube, das muss den Menschen stärker bewusst werden. Ich verstehe hier die Grünen nicht, weil man der Art Wolf nichts Schlechteres tun kann, als nichts zu tun. Damit sinkt die Akzeptanz dieser Art gegenüber mit den Konflikten, die dauernd zunehmen. In Italien steigt der Liberalisierungsgrad. Es gibt offizielle Daten: Jeder vierte Wolf ist inzwischen ein Hybride. Und ich habe schon einmal erwähnt, worüber ich immer stauen muss, wenn die da unten mit den Täfelchen aufmarschieren und fordern, dass man den Wolf retten solle. Dann würde ich "Hurra" schreien, wenn hier keine Maßnahme getroffen wird, und die Augen davor verschließen, dass jedes Jahr in Italien mehr als 300 Wölfe – und da sind sicher wenige eingetragen – illegal entnommen werden, weil sich die armen Bauern draußen irgendwo selbst helfen müssen. Dann zu sagen, dass der Wolf gerettet ist, ist so weit hergeholt und so was von blind. Hier – glaube ich – würden alle profitieren und in erster Linie auch die Art Wolf, wenn man eine transparente und ordentliche Regelung finden würde. Es müsste doch auch im Interesse der Grünen sein, dass man hier eine Regelung findet, weil sonst die Konfliktsituationen zunehmen und der Wolf zunehmend auch ein Problem für die Artenvielfalt draußen wird. Hier steht Artenvielfalt gegen Artenvielfalt, auch das muss aufgewogen werden dürfen, ohne dass man hier blind ein bestimmtes Tier verteidigt, ohne an die Folgen zu denken.

Ich hoffe, dass dieser Gesetzentwurf, der nur ein Schritt in Richtung einer Lösung ist, die wir hier brauchen, auch eine breite Zustimmung findet. Es wäre doch ein deutliches Zeichen, dass der Südtiroler Landtag hinter diesem Gesetzentwurf steht und auch dazu steht, dass es hier eine Regelung braucht, wohl wissend, dass wir hier gerne weitergehen würden, aber nicht die Möglichkeit dazu haben. Wir sollten aber zumindest den Spielraum, den uns unsere Autonomie bietet, nutzen, um hier auch eine Regelung vorzusehen. Danke schön!

PRESIDENTE: Dichiaro concluso la discussione generale e pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvato con 24 voti favorevoli e 3 contrari.

Art. 1

Attuazione dell'articolo 16 della direttiva 92/43/CEE del Consiglio, del 21 maggio 1992, relativa alla conservazione degli habitat naturali e seminaturali e della flora e della fauna selvatiche - Misure di prevenzione e di intervento concernenti i grandi carnivori ai fini della tutela dell'alpicoltura

*1. Il Presidente della Provincia può, acquisito il parere dell'Istituto superiore per la protezione e la ricerca ambientale (ISPRA), limitatamente alle specie *Ursus arctos* e *Lupus canis*, autorizzare il prelievo, la cattura o l'uccisione di esemplari di dette specie, a condizione che non esista un'altra soluzione valida e che tali azioni non pregiudichino il mantenimento, in uno stato di conservazione soddisfacente, della popolazione della specie interessata nella sua area di ripartizione naturale. Tali misure sono adottate al fine di proteggere la fauna e la flora selvatiche caratteristiche dell'alpicoltura e conservare i relativi habitat naturali, prevenire danni gravi, specificatamente alle colture, all'allevamento, ai boschi, al patrimonio ittico, alle acque ed alla proprietà, nell'interesse della*

sanità e della sicurezza pubblica o per altri motivi imperativi di rilevante interesse pubblico, inclusi motivi di natura sociale o economica, o tali da comportare conseguenze positive di primaria importanza per l'ambiente. La Provincia autonoma di Bolzano assicura l'invio allo Stato delle informazioni necessarie all'adempimento degli obblighi di comunicazione alla Commissione europea.

Art. 1

Umsetzung von Artikel 16 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – Präventions- und Interventionsmaßnahmen zum Schutz der Almwirtschaft vor großen Raubtieren

1. Der Landeshauptmann kann, nach Einholen des Gutachtens der Höheren Anstalt für Umweltschutz und Forschung (ISPRA), beschränkt auf die Tierarten *Ursus arctos* und *Lupus canis* zur Entnahme, zum Fangen oder zum Töten von Exemplaren dieser Arten ermächtigen, falls dies mangels anderer Lösungen für notwendig erachtet wird und vorausgesetzt, dass der Bestand der Populationen der betroffenen Art in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet dadurch nicht beeinträchtigt wird. Ziel dieser Maßnahmen ist der Schutz der charakteristischen wilden Tier- und Pflanzenarten der Almen, die Erhaltung der natürlichen Lebensräume, die Verhütung schwerer Schäden insbesondere an Kulturen und im Rahmen der Tierhaltung, an Wäldern, Fischgründen und Gewässern sowie am Eigentum, sowohl im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit als auch aus anderen triftigen Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich sozialer und wirtschaftlicher Interessen oder Interessen im Sinne grundlegender positiver Auswirkungen auf die Umwelt. Die Autonome Provinz Bozen stellt sämtliche Informationen zur Verfügung, die notwendig sind, damit der Staat seiner Berichtspflicht gegenüber der Europäischen Kommission nachkommen kann.

Do lettura degli emendamenti:

Emendamento n. 1, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: "L'articolo è così sostituito:

Articolo 1: 1. Il Presidente della Provincia può, previa intesa con l'Istituto superiore per la protezione e la ricerca ambientale (ISPRA), limitatamente alle specie *Ursus arctos* e *Lupus canis*, autorizzare il prelievo, la cattura o l'uccisione di esemplari di dette specie, a condizione che sia comprovato che l'avvenuta adozione delle migliori misure di prevenzione disponibili non abbia avuto esito positivo e che tali azioni non pregiudichino il mantenimento, in uno stato di conservazione soddisfacente, della popolazione della specie interessata nella sua area di ripartizione naturale. Tali misure sono adottate al fine di proteggere la fauna e la flora selvatiche caratteristiche dell'alpicoltura e conservare i relativi habitat naturali, prevenire danni gravi, specificatamente alle colture, all'allevamento, ai boschi, al patrimonio ittico, alle acque ed alla proprietà, nell'interesse della sanità e della sicurezza pubblica o per altri motivi imperativi di rilevante interesse pubblico, inclusi motivi di natura sociale o economica, o tali da comportare conseguenze positive di primaria importanza per l'ambiente. La Provincia autonoma di Bolzano assicura l'invio allo Stato delle informazioni necessarie all'adempimento degli obblighi di comunicazione alla Commissione europea."

"Der Artikel erhält folgende Fassung:

Artikel 1: 1. Der Landeshauptmann kann, im Einvernehmen mit der Höheren Anstalt für Umweltschutz und Forschung (ISPRA), beschränkt auf die Tierarten *Ursus arctos* und *Lupus canis* zur Entnahme, zum Fangen oder zum Töten von Exemplaren dieser Arten ermächtigen, vorausgesetzt, es ist erwiesen, dass die Umsetzung der bestmöglichen Präventionsmaßnahmen nicht zum erhofften Ergebnis geführt hat und dass der Bestand der Populationen der betroffenen Art in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet dadurch nicht beeinträchtigt wird. Ziel dieser Maßnahmen ist der Schutz der charakteristischen wilden Tier- und Pflanzenarten der Almen, die Erhaltung der natürlichen Lebensräume, die Verhütung schwerer Schäden insbesondere an Kulturen und im Rahmen der Tierhaltung, an Wäldern, Fischgründen und Gewässern sowie am Eigentum, sowohl im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit als auch aus anderen triftigen Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich sozialer und wirtschaftlicher Interessen oder Interessen im Sinne grundlegender positiver Auswirkungen auf die Umwelt. Die Autonome Provinz Bozen stellt sämtliche Informationen zur Verfügung, die notwendig sind, damit der Staat seiner Berichtspflicht gegenüber der Europäischen Kommission nachkommen kann."

Emendamento n. 2, presentato dai consiglieri Tinkhauser e S. Stocker: "Articolo 1, comma 1: Le parole "acquisito il parere dell'Istituto superiore per la protezione e la ricerca ambientale (ISPRA)," sono soppresse."

"Artikel 1 Absatz 1: Die Wörter "nach Einholen des Gutachtens der Höheren Anstalt für Umweltschutz und Forschung (ISPRA)," werden gestrichen."

Emendamento n. 3, presentato dai consiglieri Tinkhauser e S. Stocker: "Articolo 1, comma 1: Il primo periodo è così sostituito. "Il Presidente della Provincia può, limitatamente alle specie Ursus arctos e Lupus canis, autorizzare il prelievo, la cattura o l'uccisione di esemplari di dette specie, a condizione che a suo avviso non esista un'altra soluzione valida e inoltre a condizione che – acquisito il parere dell'Istituto superiore per la protezione e la ricerca ambientale (ISPRA) – tali azioni non pregiudichino il mantenimento, in uno stato di conservazione soddisfacente, della popolazione della specie interessata nella sua area di ripartizione naturale."

"Artikel 1 Absatz 1: Der erste Satz erhält folgende Fassung: "Der Landeshauptmann kann, beschränkt auf die Tierarten Ursus arctos und Lupus canis, zur Entnahme, zum Fangen oder zum Töten von Exemplaren dieser Arten ermächtigen, falls er dies mangels anderer Lösungen für notwendig erachtet und unter der weiteren Voraussetzung, dass – nach Einholen des diesbezüglichen Gutachtens der Höheren Anstalt für Umweltschutz und Forschung (ISPRA) – der Bestand der Populationen der betroffenen Art in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet dadurch nicht beeinträchtigt wird."

Emendamento n. 4, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: "Articolo 1, comma 1: Le parole "acquisito il parere dell'Istituto superiore per la protezione e la ricerca ambientale (ISPRA)" sono sostituite dalle parole "previa intesa con l'Istituto superiore per la protezione e la ricerca ambientale (ISPRA)"."

"Artikel 1 Absatz 1: Die Wörter "nach Einholen des Gutachtens der Höheren Anstalt für Umweltschutz und Forschung (ISPRA)" werden durch die Wörter "im Einvernehmen mit der Höheren Anstalt für Umweltschutz und Forschung (ISPRA)" ersetzt."

Emendamento n. 5, presentato dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss: "Articolo 1, comma 1: Le parole "a condizione che non esista un'altra soluzione valida" sono sostituite dalle parole "a condizione che sia comprovato che l'avvenuta adozione delle migliori misure di prevenzione disponibili non abbia avuto esito positivo"."

"Artikel 1 Absatz 1: Die Wörter "falls dies mangels anderer Lösungen für notwendig erachtet wird und vorausgesetzt" werden durch die Wörter "vorausgesetzt, es ist erwiesen, dass die Umsetzung der bestmöglichen Präventionsmaßnahmen nicht zum erhofften Ergebnis geführt hat und" ersetzt."

La parola al consigliere Dello Sbarba per l'illustrazione, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Assessore Schuler, che qualcosa bisogna fare ne siamo convinti, e infatti il 27 ottobre 2014 noi abbiamo presentato una mozione che si intitolava "Un piano di gestione per i grandi predatori", Lei ha detto che non era d'accordo e l'avete respinta a maggioranza.

Non solo, ma ancora prima, il 13 gennaio 2014, avevamo proposto una mozione, era una delle prime mozioni di questa legislatura, la n. 38 che si intitolava "Gruppo di lavoro sui 'grandi predatori'", e l'avete respinta a maggioranza. Quindi non ci rimproveri che non vogliamo far niente, noi nel 2014 volevamo che fosse insediato un gruppo di lavoro straordinario e volevamo che questo gruppo di lavoro facesse un piano di gestione dei grandi predatori, e Lei sa benissimo, assessore Schuler, che questo comporta anche l'individuazione di misure preventive e se queste non funzionano, in casi limite anche il prelievo – mit welchen Mitteln auch immer – perché il prelievo può essere cattura e trasporto in un altro posto, oppure può essere abbattimento.

Nel 2014 lo abbiamo proposto perché, visto che in questa materia qualcosa ci capiamo e i nostri colleghi e attivisti sono spesso impegnati non solo in associazioni ambientaliste, ma anche in comitati scientifici, sapevamo del ritorno di questi grandi predatori. Voi nel 2014 lo avete respinto e adesso nel 2018, a due mesi dalle elezioni, presentate in fretta e furia questo disegno di legge, quindi per favore, siamo leali, noi non diciamo che non bisogna fare niente, non diciamo neanche che tutti lupi e tutti gli orsi sono sacri, diciamo che ci possono essere casi che con le misure di prevenzione, come fanno tutte le Regioni delle Alpi, il problema può essere ridimensionato e gestito. Quindi le misure di prevenzione e di protezione delle greggi ci sono, devono essere attuate, in provincia di Bolzano non le ha attuate nessuno, ci ha dato Lei la risposta nel settembre 2017, dicendo che nessuno ha attuato le misure preventive, e non le ha attuate nessuno perché si è fatta avere alle persone l'illusione che il Sudtirolo potesse essere un'isola libera da un fenomeno che attraversa le Alpi e l'Europa. Sappiamo anche che ci possono essere casi sia di orsi che di lupi in cui in un mondo molto urbaniz-

zato e antropizzato sia un lupo, sia un orso possono aver perso il loro istinto di avere un mondo a sé e quindi in quei casi non bastano le misure preventive, ma bisogna intervenire con misure più drastiche, ma questo noi lo provavamo nel 2014 e voi avete pensato, invece, che non era utile. Lei lo ha anche ammesso che bisogna provarci, anche il presidente Durnwalder sulla toponomastica disse che bisognava provarci, si è visto come è andata e andrà così lo stesso, lo sapete.

Noi su questo disegno di legge, che ha solo un articolo importante, poi il secondo è di entrata in vigore, proponiamo 3 emendamenti, uno onnicomprensivo che ha due modifiche dell'articolo 1, quindi il primo emendamento sostituisce completamente l'articolo 1 con due modifiche, il primo prevede l'intesa con l'Ispra per almeno cercare – vede, assessore, noi con la proposta di "almeno cercare l'intesa con l'Ispra", cerchiamo di rendere questo disegno di legge un po' più solido dal punto di vista della possibile impugnazione, perché certamente è debole dire solo "sai sente il parere dell'Ispra".

Sappiamo che quando ci sono specie protette l'autorizzazione da parte di un'autorità scientifica pubblica ufficiale è fondamentale, condizione *sine qua non*, quindi a nostro parere questo disegno di legge potrebbe rafforzarsi e forse cercare di tenere se almeno prevedesse l'autorizzazione dell'Ispra all'abbattimento, cioè se prevede un ente scientifico, non politico, nazionale, dello stesso livello della competenza che prevede la Direttiva Habitat, di autorizzazione all'abbattimento.

La seconda modifica è che non vogliamo lasciare a una valutazione a priori dell'opportunità o no delle misure preventive, ma diciamo che l'abbattimento può essere possibile se le misure preventive che esistono e ci sono – sempre nell'interrogazione che Le avevamo fatto, Lei ce le ha elencate; qui, tra l'altro vengono finanziate al 100%, i recinti elettrificati vengono pagati al 100% dalla Provincia per chi li voglia adottare, e Lei ci ha risposto nell'interrogazione che ci sono anche degli impianti in magazzino che possono essere prestati per esigenze immediate – vengano attuate e che ci sia la dimostrazione che non funzionano e allora in quel caso si procede a un'altra misura che è quella del prelievo.

Secondo noi con queste due modifiche il Suo disegno di legge potrebbe tenere, senza queste modifiche non è garantito che potrebbe tenere. Riteniamo che rafforzandolo potrebbe passare al vaglio costituzionale e delle impugnazioni, senza queste misure secondo noi è sicuro che questo disegno di legge non tiene.

L'emendamento n. 1, quindi, sostituisce tutto l'articolo 1 introducendo tutte e due queste modifiche, l'emendamento n. 4 introduce solo l'intesa con l'Ispra e l'emendamento n. 5 introduce solo l'attuazione delle misure di protezione come presupposto per poter decidere gli abbattimenti, Quindi nell'emendamento n. 1 l'articolo viene completamente sostituito e vengono attuate tutte e due le modifiche rafforzative della legge, invece nel 4 e nel 5 si dà la possibilità alla maggioranza di scegliere almeno una di queste due misure per rafforzare almeno un po' una legge che altrimenti resta molto debole e certamente esposta al giudizio di incostituzionalità.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Präsident! Nur noch mal die Bitte an den Landesrat, unsere Frage dahingehend zu beantworten – das ist noch offen -, wie die Individualisierung auf das Individuum des Wolfes gehandhabt werden muss. Wir hatten ja gestern dieses Fallbeispiel gebracht: Wenn irgendwo ein Problembär auftritt, dann tut man sich leicht, Maßnahmen zu treffen, weil das auf dieses eine Individuum zugeschnitten ist. Aber wenn heute Nacht in Prad Schafe gerissen werden, dann kann dieser Wolf morgen Nacht schon wieder in der Lombardei sein. Dann sind vielleicht am Reschengebiet oder von der Schweiz her andere Wölfe auf dem Weg, die vielleicht noch gar keinen Schaden angerichtet haben. Hier geht es mir darum, wie das rechtlich umsetzbar ist. Ich kann ja nicht sozusagen stellvertretend einen anderen Wolf oder ein anderes Rudel abschießen. Hier würde mich schon interessieren, wie man das dann rechtlich macht. Beim Bären werden DNA-Proben, Haarproben, Kotproben usw. gemacht, aber beim Wolf sehe ich das in der praktischen Umsetzung rechtlich schwierig. Sie wissen, dass wir das unterstützen. Aber vielleicht könnten Sie uns noch ein bisschen erklären, wie das dann rechtlich gehandhabt wird und wie Sie das genau meinen. Darüber hinaus bitte ich Sie, ein bisschen sparsam mit der Aussage "bei uns in Italien" umzugehen, weil sonst müssen wir uns noch überlegen, ob wir diesem Gesetzentwurf zustimmen können.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione degli emendamenti:

Apro la votazione sull'**emendamento n. 1**: respinto con 3 voti favorevoli e 26 voti contrari.

Apro la votazione sull'**emendamento n. 2**: respinto con 9 voti favorevoli e 20 voti contrari.

Apro la votazione sull'**emendamento n. 3**: respinto con 6 voti favorevoli, 20 voti contrari e 3 astensioni.

Apro la votazione sull'**emendamento n. 4**: respinto con 3 voti favorevoli e 25 voti contrari.

Aprò la votazione sull'**emendamento n. 5**: respinto con 3 voti favorevoli e 25 voti contrari.

Chi chiede la parola sull'articolo 1? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato con 26 voti favorevoli e 3 voti contrari.

Art. 2

Disposizione finanziaria

1. La presente legge non comporta ulteriori oneri a carico del bilancio provinciale.

Art. 2

Finanzbestimmung

1. Dieses Gesetz bringt keine Mehrausgaben zu Lasten des Landeshaushaltes mit sich.

Chi desidera intervenire? Nessuno. Aprò la votazione sull'articolo 2: approvato con 26 voti favorevoli e 3 voti contrari.

Art. 3

Entrata in vigore

1. La presente legge entra in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

Art. 3

Inkrafttreten

1. Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Kundmachung im Amtsblatt der Region in Kraft.

Chi chiede la parola sull'articolo 3? Nessuno. Lo metto in votazione: approvato con 26 voti favorevoli e 3 voti contrari.

Siamo in dichiarazione di voto. Chi chiede la parola? Consigliere Dello Sbarba, prego.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): È chiaro che noi votiamo contro questa legge. Ci aspettavamo come risultati di questa votazione 3 e tutto il resto da un'altra parte. Io vi faccio gli auguri ma credo che questa legge avrà vita breve. Sono contento che nessuno possa rimproverare ai Verdi che prendono le proprie decisioni sui contenuti in base a un calcolo elettorale, non è questo, noi abbiamo delle convinzioni su questo non si prendono voti, voi lo sapete benissimo, abbiamo delle convinzioni, le difendiamo a prescindere dalla convenienza dei prossimi due mesi o no.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich möchte nur noch einmal in der Stimmabgabeerklärung auf etwas hinweisen, was ich vorhin auch erwähnen möchte, nämlich die Macht der Bilder. Wir sind in den letzten Monaten alle mit diesen Bildern von den Schafen, deren Eingeweide herausgingen, konfrontiert worden. Das waren wirklich brutale Bilder. Ihr könnt euch vorstellen, was das für brutale Bilder für eine Vegetarierin sind, die seit 30 Jahren kein Fleisch ist. Deshalb tut natürlich gerade mir jedes dieser Tiere besonders leid. Allerdings ist auch zu sagen, dass wir mit anderen Bildern nicht konfrontiert sind, nämlich mit anderen Bildern aus der Tierwelt. Kein Adler betäubt seine Beute, bevor er sie fängt. Oder wenn wir uns unsere Katzen anschauen, wie sie mit den Mäusen umgehen, dann wissen wir, dass die Tierwelt auch brutal ist. Mir kommt es eigentlich komisch vor, dass man hier so tut, als ob diese Schafe, die jetzt diesen Tod erfahren – und das tut mir sehr leid, das sage ich dazu -, wenn sie nicht vom Wolf getötet worden wären, dann der Altersschwäche anheim gelassen würden. All diese Schafe sind im Normalfall ja auch dazu da, um irgendwann von einem Menschen verwertet zu werden, und die meisten von euch gehören auch zu diesen Menschen. Hier ist es so, dass der Wolf uns mit einer Brutalität konfrontiert, die wir normalerweise aus unserem Blickfeld ausgeschlossen haben. Wir kennen keine Bilder von Schlachthöfen, wir verweigern uns den Bildern der anderen Tierwelt, wenn sie ihre Beute frisst. Also, da ist es auch so, dass wir mit diesen Bildern ganz schön viel Manipulation erfahren. Ich habe es auch erlebt, dass gerade die verschiedenen Wolfsgegner mit diesen Bildern versuchen Stimmung und Meinung zu machen. Das ist in gewisser Weise nicht fair, weil hier auch von Fairness gesprochen wurde.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident, danke, Herr Landesrat Schuler, für die ausführliche Replik! Ich denke doch, dass die Debatte einiges gebracht hat. Ich glaube, die Frontstellungen, die in diesem Zusammenhang aufgetreten sind, die vor allem im letzten Jahr sehr massiv waren, werden sich langsam lösen. Ich glaube, es tritt jetzt doch die Situation ein, auf die Kollege Dello Sbarba hingewiesen hat, nämlich die Einsicht, dass es notwendig ist, hier über die Hoffnung auf ein wolfsfreies Südtirol hinaus doch zu Herdenschutzmaßnahmen zu greifen. Diese werden nicht das Allheilmittel sein, aber eine gewisse Praxis in diesem Zusammenhang kann sehr vieles verhindern. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass der Landesrat, die Landesregierung, aber auch die zuständigen Bauernbünde zähneknirschend vielleicht, aber ohne Wolfsgeheil jetzt langsam doch in diesen Weg einschlagen. Das halten wir für zielführend. Wir gehen jetzt von einer Ebene der strikten Wolfsablehnung über auf eine Diskussion, in der eben die Praktikabilität von Normen versucht wird. Das ist auch der Weg, den wir unterstützen können. Wir Grüne sind nicht qua natura die Amtsverteidiger des Wolfes, Kollege Stocker, nicht die verlängerten Arme der Tierschutzvereine, die gewissermaßen den Wolf wie ein heiliges Tier vor sich her beten, sondern wir sind sehr wohl durchaus auch für Entnahmen, aber die rechtliche Praxis muss stimmen. Wir sind also nicht die Amtsverteidiger des Wolfes, sondern sehr wohl die Verteidiger von Rechtsstaatlichkeit auch in diesem Zusammenhang. Das halten wir für notwendig. Wir halten diese gesetzliche Basis, die Kollege Dello Sbarba ausgeführt hat, für nicht sonderlich tragfähig, vielleicht bis zur Landtagswahl. Ich glaube auch, dass ein Aspekt, auf den Landesrat Schuler nicht eingegangen ist, ganz wesentlich, nämlich dass wir hier mit diesen Abschussgenehmigungen in das Strafrecht eingreifen. Denn der Wolf ist eine geschützte Spezies gemäß einer strafrechtlichen Norm, sprich "Norme per la protezione della fauna". In diesem Gesetz von 1992 wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass auch Südtirol angehalten ist, sich diesen Normen des Strafrechts gemäß Artikel 30 Absatz 4 zu unterstellen. Ich glaube, allein das bietet schon Anknüpfungspunkte, dieses Gesetz sehr schnell zu kippen. Also, aus unserer Sicht eine harte Debatte, eine Debatte, die notwendig ist, auch und eine Debatte des Übergangs, in der gewiss auch im heurigen Sommer rege und harte Diskussionen geführt werden, aber doch mit dem Versuch, jetzt endlich pragmatische Lösungen zu erzielen. Das sage ich als bekennender "Stadtler", dessen Vater, Großvater und Urgroßvater in der Landwirtschaft tätig und Pioniere waren. Aber irgendwann ist man dann auch in eine andere Lebenswelt übergetreten. Als Historiker möchte ich auch zu diesem Thema sagen, dass man sehr wohl einem anderen Kulturkreis angehören und gleichzeitig andere Menschen aus anderen kulturellen Zusammenhängen und Lebenswelten verstehen kann. Es können durchaus auch "Stadtler" "Landler" verstehen. Ich als Historiker sage dies, denn als Historiker muss man nicht tot sein, um vergangene Epochen zu verstehen.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Herr Präsident, ich wiederhole mich! Es geht hier nicht um die Ausrottung der Wölfe, sondern um eine Regulierung. Die Macht der Bilder kennt man schon. Diese verwenden die Grünen und die sogenannten Umweltschützer auch, wenn die Bauern mit den Sprühgeräten durch die Landwirtschaft fahren. Und vor allem dann, wenn es Biobauern sind, verwenden sie noch die falschen Bilder. Dort wird auch nicht mit der Macht der Bilder gespart, aber dieses Bild hier will man nicht sehen. So ist es nun mal, wenn man zu egoistisch oder eine Art Verbotsparterie ist. Das sind für mich die Grünen, das ist einfach so! Ich denke, dass das heute ein Zeichen des Verstehens ist, dass man etwas tun muss, aber nicht des Ausrottens. Ich wünsche mir einfach kein eingezäuntes Südtirol. Ich wünsche mir, dass die Menschen aus der Stadt, die Gäste und wir Einheimischen ohne große Einzäunungen auf den Almen wandern können. Ich wünsche mir, dass wir die Gegend immer so schön genießen können, wie sie momentan ist. Ich bin der Überzeugung, dass die Wolfsregulierung in Europa sehr, sehr schnell kommen wird, und zwar schneller, wie wir meinen.

URZI (L'Alto Adige nel cuore): Io non posso modificare la mia posizione di perplessità e scetticismo già illustrata nel corso della discussione sull'articolato in relazione alla competenza della Provincia autonoma di Bolzano a poter intervenire nel senso compiuto, così come si interviene in questa materia, quindi al di fuori della previsione di un'organicità degli interventi legislativi in rapporto alla dimensione nazionale. La legge esplicitamente prevede delle possibilità che vengono assegnate alla Provincia autonoma di Bolzano di poter intervenire con determinati strumenti anche molto radicali, fra questi non solo la cattura e il trasferimento altrove, ma anche l'abbattimento nei confronti di specie che comunque sono considerate a livello legislativo protette.

La domanda rimane sospesa, io credo che nessuno in questo Consiglio sia stato nella condizione di darvi una risposta circa quanto effettivamente la Provincia autonoma di Bolzano possa intervenire su questa materia con una legislazione propria e autonoma, non coordinata con quella nazionale. Io credo che un fronte di contenzioso costituzionale su questo si potrà aprire ed è la ragione tecnica alla quale io aggancio le mie

perplexità. Quante volte ci siamo trovati in questo Consiglio a dover trattare di norme sulle quali forte è stata l'impuntatura da parte dell'autorità locale, ma anche nella consapevolezza di voler forzare un po' le situazioni, cioè approvazione della norma per potersela fare poi impugnare, auspicando magari in un Governo con un occhio mezzo chiuso per poter evitare di potersela fare impugnare e per poter poi rivendicare in sede di contenzioso costituzionale un ambito di competenza propria autonoma esclusiva rispetto al tema. È questo l'ambito? Io non lo so, per me la domanda rimane ampiamente sospesa, io credo che un po' ci sia di tutto questo, anche perché verremmo a trovarci in una situazione per cui si applicherebbero procedure diverse a seconda dell'ambito territoriale nazionale nel quale queste procedure sono state pensate e poi sono state applicate, cioè a Bolzano si opererebbe in maniera diversa rispetto a Trento e a Trento si opererebbe in maniera diversa rispetto all'Abruzzo, rispetto che alla Sicilia.

Io lascio sospeso, ovvio che sono consapevole del fatto che c'è una rivendicazione di questa volontà, però dal punto di vista tecnico io credo che forse ..., vedremo fra qualche mese, poi abbiamo un Governo nuovo, che deve forse prendere la misura su tante cose, forse ha anche un'altra sensibilità, che ne so, lo vedremo fra qualche mese se si sarà aperto questo contenzioso istituzionale, nel frattempo non mi sento di approvare questo testo di legge, pur comprendendo che un tema esiste ed è un tema importante che deve essere affrontato in una sede organica e ritengo anche più ampia.

La questione degli orsi e dei lupi è un po' anche curiosa perché ci troviamo ad affrontarla dopo che per anni c'è stato un grande movimento per il reimpianto degli orsi e dei lupi. Paradossalmente tutti coloro che sostenevano a suo tempo questo tipo di processo, oggi se ne lamentano per le conseguenze e poi le conseguenze sono le più diversificate, a me piace ricordare in questo contesto il tema degli strumenti posti a tutela degli orsi e dei lupi in modo naturale, e fra questi quello dell'uso dei cani da gregge e ricordo anche le dichiarazioni della collega Hochgruber Kuenzer, che in commissione legislativa nel corso della discussione ha affermato che in Baviera non si ricorre più ai cani da protezione delle greggi, infatti questi cani non proteggono solo le greggi dal lupo, ma rappresentano anche un pericolo per gli escursionisti e solo due settimane fa questo Consiglio ha approvato una norma che invece finanzia il mantenimento dei cani da gregge, tanto è vero che si è detto – e io credo che sia ragionevole dirlo – che gli escursionisti oggi non dovranno più avere paura degli orsi e dei lupi, ma soprattutto dei cani, che dovrebbero proteggere le greggi dagli orsi e dai lupi, perché notoriamente gli orsi e i lupi non sarebbero aggressivi nei confronti dell'uomo, se non in determinate condizioni e invece i cani paradossalmente, proprio per la funzione che hanno, potranno essere veramente pericolosi per l'uomo. Allora mi sarebbe piaciuto che in questo disegno di legge, soprattutto partendo dalla presa di posizione della collega Hochgruber Kuenzer, si intervenisse per rimediare all'errore fatto solo qualche settimana fa, senza entrare nel merito di altre considerazioni.

Quindi, presidente, comprendo lo spirito, sono perplesso sulle modalità, è parziale disegno di legge proprio proprio mi astengo, ma mi verrebbe da votare contro.

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Zivilschutz und Gemeinden - SVP): Noch ein paar Worte zu den Äußerungen jetzt zu den Stimmabgabeerklärungen und zu dem, was vorhin noch offen geblieben ist. Zum einen was das Rechtliche anbelangt – und das haben wir auch zu Beginn gesagt und ich unterstreiche es noch einmal –, setzen wir das EU-Recht direkt um, wie es unser Autonomiestatut vorsieht, dort, wo wir entsprechende Zuständigkeiten haben. Zum anderen ist es so, dass – an die Adresse des Kollegen Heiss gerichtet –, was jetzt den Strafbestand anbelangt, ich davon ausgehe und davon überzeugt bin, dass, wenn wir aufgrund dieser Bestimmungen dann tatsächlich Tiere entnehmen können und somit auch die Voraussetzungen geschaffen haben, diese nicht mehr diesem Schutzstatus unterworfen sind und somit auch die Voraussetzungen des Strafbestandes nicht mehr gegeben sind.

In Bezug auf die Regelungen bezüglich der einzelnen Individuen habe ich bereits vorhin gesagt, dass es eigentlich das Ziel wäre, dass man eine grundsätzliche Einigung mit ISPRA bzw. ein grundsätzliches Gutachten findet, das allumfassend ist und uns dann relativ viel Flexibilität geben würde. Das wäre das ideale Ziel, um hier auch relativ schnell intervenieren zu können, wenn es tatsächlich draußen zu Rissen oder zu Problemen kommt. Allerdings ist es so – ich habe auch auf das Beispiel Schweiz verwiesen –, dass dort jedes einzelne Individuum separat zu betrachten ist, dass bestimmte Risse nachgewiesen und auch diesem Tier zugewiesen werden müssen. Das macht es sehr kompliziert und auch die Schweiz hat bisher nur diese Möglichkeit gehabt. Aber wir hoffen, dass wir eine weitreichende Regelung finden.

Kollege Dello Sbarba, es ist nicht so, dass wir bisher untätig waren, nur deshalb, weil wir diesen Beschlussantrag der Grünen nicht angenommen haben. Wir haben schon vor mehr als zwei Jahren mit AGRIDEA – das ist eine Schweizer Organisation, die sich mit Herdenschutz befasst – über 30 Almen in Südtirol angeschaut, vor allem im Gebiet Ulten und Umgebung, die mit Vieh bestoßen werden, um zu schauen, was man machen kann. Es hat entsprechende Treffen auf Bezirksebene gegeben und wir haben eine Arbeitsgruppe "Großraubwild", die sich regelmäßig trifft, um sich damit zu beschäftigen, was man an Aufklärungsarbeit leisten kann, welche Maßnahmen rechtlicher Natur man treffen kann und welche Verbindungen man mit anderen Regionen und anderen Ländern aufbauen kann, also viele Dinge mehr. Jetzt haben wir auch noch diese politische Kommission eingerichtet, die hier sehr wohl eine Unterstützung sein kann, nicht auf wissenschaftlicher Ebene, aber auf politischer Ebene, weil es eine sehr delikate Materie ist, um auch eine zusätzliche Unterstützung bieten zu können. Ich glaube, dass uns das Gesetz neue bindende Möglichkeiten innerhalb des Rahmens des rechtlich Möglichen gibt und geben wird, Ich ersuche noch einmal um eine breite Zustimmung zu diesem Gesetz!

PRESIDENTE: Apro la votazione finale palese l disegno di legge n. 162/18: approvato con 25 voti favorevoli, 3 voti contrari e 2 astensioni.

Prima di chiudere l'odierna seduta Vi comunico che in ordine al processo verbale della seduta precedente, messo a disposizione all'inizio dell'odierna seduta, non sono state presentate durante la seduta richieste di rettifica, per cui lo stesso, ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno, si intende approvato.

Grazie la seduta è chiusa.

Ore 11.27 Uhr

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

DELLO SBARBA (5, 12, 14)

FOPPA (7, 14)

HEISS (15)

KNOLL (13)

SCHIEFER (8)

SCHULER (8, 16)

STOCKER S. (3, 8, 15)

URZÌ (15)

ZIMMERHOFER (4)